

CorA, c/o ver.di, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin

*Bundesminister für Wirtschaft und Technologie; Glos
Bundesminister für Arbeit und Soziales, Müntefering
Bundesminister der Finanzen, Steinbrück
Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; HWZ
Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Gabriel*

*MdBs - Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, c/o Ausschussvorsitz
MdBs - Ausschuss für Arbeit und Soziales, c/o Ausschussvorsitz
MdBs - Haushaltsausschuss, c/o Ausschussvorsitz
MdBs - Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, c/o Ausschussvorsitz
MdBs - Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, c/o Ausschussvorsitz
MdBs - Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, c/o Ausschussvorsitz
MdBs - Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, c/o Ausschussvorsitz
MdBs - Parlamentarischer Beirat für Nachhaltige Entwicklung; c/o Vorsitz*

Berlin, 12. Februar 2007

Öffentliche Gelder verantwortungsbewusst ausgeben – für eine zukunftsfähige Beschaffung

(Anrede)

anlässlich der bevorstehenden 2. Stufe der **Reform des Vergaberechts** in Deutschland **fordern wir Sie dringend auf**, sich für ein gesellschaftlich **verantwortungsbewusstes öffentliches Beschaffungswesen** in Deutschland einzusetzen.

Jeden Tag gibt die öffentliche Hand in Deutschland große Summen für Güter, Dienstleistungen und Bauaufträge aus. Dabei wird noch viel zu selten gefragt:

- Unter welchen Arbeitsbedingungen wurde ein bestimmtes Produkt hergestellt oder eine Dienstleistung erbracht?
- Wie wirkt sich ein Produkt oder die Dienstleistung während seiner gesamten Lebensdauer auf die Umwelt aus? Wie sind die Klimawirkungen?
- Was trägt der Auftragnehmer zur Erreichung demokratisch verabschiedeter menschenrechtlicher, sozialer und arbeitsmarktpolitischer Ziele bei?

Stattdessen ist bundesweit noch alltägliche **Normalität**, dass auch solche Unternehmen zu Aufträgen aus öffentlichen Steuereinkünften kommen, die zum Beispiel der Korruption überführt wurden, in ihren Betrieben oder bei Zulieferern die Verletzung grundlegender Menschen- und Arbeitsrechte dulden, die den Umwelt- und Klimaschutz mit Füßen treten, Steuerflucht betreiben, Dumpinglöhne zahlen oder sich einer Umstellung zu sozial- und umweltverträglicher Produktion verweigern.

Dagegen haben es Anbieter des Fairen Handels, sozial-ökologische Vorreiterunternehmen und sozialwirtschaftliche Projekte oft sehr schwer und nicht wenige kämpfen um ihre Existenz.

Als ein breites Bündnis von umwelt-, entwicklungs-, verbraucher- und menschenrechtspolitischen Gruppen sowie Gewerkschaften setzen wir uns für ein anderes, **gesellschaftlich verantwortungsbewusstes Beschaffungswesen** ein: Dieses bindet soziale, ökologische und ethische Belange wirksam in öffentliche Kaufentscheidungen ein und nutzt die konzertierte Nachfrage der öffentlichen Hand, um unsere Gesellschaft zukunftsfähiger, gerechter und international solidarischer zu gestalten.

Die bevorstehende 2. Stufe der Vergaberechtsreform in Deutschland darf keinerlei neue Hürden aufbauen, die eine solche Beschaffungspolitik erschweren – im Gegenteil brauchen wir gesetzliche Regelungen, die eine sozial-ökologische und faire Beschaffung fördern. Konkrete Vorschläge hierzu sowie erste praktische Erfahrungen aus dem In- und Ausland liegen vor. Selbst die Europäische Kommission ermuntert in ihren vergaberechtlichen Vorgaben zur Einbindung sozialer und ökologischer Kriterien. Mehrere EU-Mitgliedstaaten, darunter

Attac Deutschland
BanaFair
Chemical Sensitivity Network
CIR - Christliche Initiative Romero
Coordination gegen Bayer-Gefahren
Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre
EarthLink
Eine Welt Netz NRW
Evangelischer Entwicklungsdienst (EED)
FIAN- Deutschland, FoodFirst
Informations- & Aktions-Netzwerk
Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile- Lateinamerika (FDCL)
Forschung & Kommunikation für Konsum, Umwelt und Soziales
Germanwatch
Global Policy Forum Europe
Greenpeace Deutschland
INKOTA-netzwerk
Kampagne für 'Saubere Kleidung'
Kritische AktionärInnen Daimler-Chrysler
LobbyControl. Initiative für Transparenz und Demokratie
Nord Süd Forum München
Oxfam Deutschland
Pestizid Aktions-Netzwerk
Solidaritätsfond
Demokratische Medien in der Welt
SÜDWIND - Institut für Ökonomie und Ökumene
Stiftung Soziale Gesellschaft
terre des hommes Deutschland
Transparency International Deutschland
urgewald
Die Verbraucher Initiative ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Verein zur Hilfe umweltbedingt Erkrankter (VHUE)
Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung (WEED)
Werkstatt Ökonomie
Woman in Europe for a Common Future - Deutschland (WECF)

Großbritannien, Frankreich und Österreich, haben bei der Umsetzung der EU-Regeln in nationales Recht diese Vorgaben übernommen. Jetzt kommt es in Deutschland darauf an, der internationalen Entwicklung hin zu mehr verantwortungsbewusstem Beschaffungswesen nicht weiter hinterher zu laufen. Wir benötigen eigene, **konkrete gesetzliche Regelungen und Zeitpläne** für eine Umstellung der öffentlichen Einkaufspolitik im Sinne zukunftsfähiger Entwicklung und fordern darüber eine transparente und **öffentliche Diskussion** aller Beteiligten.

Gegenüber den Verwaltungen und Beschaffungsstellen bedarf es klarer sozial-ökologischer Vorgaben. Denn diese gehen oftmals noch von der irrigen Vorstellung aus, eine Anwendung der Kriterien des fairen Handels, der Tariftreue, der Kernarbeitsnormen, des Umwelt- und Klimaschutzes sowie weiterer wichtiger gesellschaftlicher Anliegen wäre für ihr Einkaufsverhalten unmöglich oder gar EU-rechtlich untersagt. Dem ist nicht so – und alle zukünftigen rechtlichen und politischen Regelungen des Beschaffungswesens in Deutschland müssen dies zweifelsfrei klarstellen.

Neben einer verantwortungsbewussten Beschaffungspolitik hierzulande dürfen unseres Erachtens **auch anderen Ländern**, insbesondere Entwicklungsländern **keinerlei Hürden in den Weg gestellt werden**, die öffentliche Beschaffung für ihre eigenen entwicklungsökonomischen, sozialen und ökologischen Ziele einzusetzen. Dies begründet sich aus dem Geiste internationaler Solidarität – ist aber auch die notwendige politische Folge der von Deutschland eingegangenen internationalen Verpflichtungen zum Umwelt-, Arbeits- und Menschenrechtsschutz. Mit großer Sorge betrachten wir daher die gegenwärtig initiierten Verhandlungen über **neue bilaterale Handels- und Investitionsabkommen**, in denen die Bundesregierung und die Europäische Kommission - u.a. mit Blick auf Indien, die ASEAN-Staaten, Südkorea sowie die Länder Zentralamerikas und des Andenraumes - eine Liberalisierung öffentlicher Beschaffungsmärkte zugunsten europäischer Unternehmen durchsetzen will. Ohne jedwede verbindliche soziale oder ökologische Vorgaben zu machen, drohen diese Abkommen den Partnerländern ihre wirtschaftspolitischen Spielräume empfindlich einzuschränken und Maßnahmen verantwortungsbewusster Beschaffungspolitik als ‚Handelshemmnisse‘ zu bekämpfen. Wir fordern Sie dringend auf, sich gegen solche Regelungen des öffentlichen Beschaffungswesens in Abkommen mit Entwicklungsländern einzusetzen.

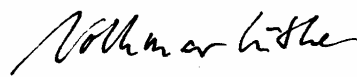
Das **CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung** wird im Laufe des Jahres 2007 die Öffentlichkeit darüber informieren, inwieweit die Ausgabepolitik der öffentlichen Hand auch in Zukunft ohne klare umwelt-, sozial- und menschenrechtspolitische Vorgaben erfolgt oder ob ein Umsteuern einsetzt. Wir möchten Sie bitten, uns die **Position Ihres Hauses bzw. Ihrer Fraktion** zu diesem Thema zukommen zu lassen, da wir allen Interessierten einen Vergleich der Positionen auf unserer **Internetseite** ermöglichen wollen.

Bei offenen Fragen und Diskussionsinteresse Ihrerseits würden wir uns selbstverständlich freuen, mit Ihnen über dieses wichtige Thema ins **Gespräch** zu kommen.

Mit freundlichen Grüßen



Heinz Fuchs, EED



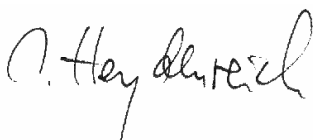
Volkmar Lübke, Verbraucherinitiative



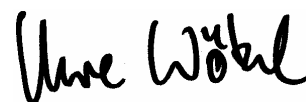
Peter Fuchs, WEED



Daniel Mittler, Greenpeace International



Cornelia Heydenreich, Germanwatch



Uwe Wötzel, ver.di

Kontakt: Uwe Wötzel, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Ressort 1 - Politik und Planung, Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin, Tel. : (030) 6956 1036, Fax: (030) 6956 3006, uwe.woetzel@verdi.de

Weitere Informationen: www.cora-netz.de